

**Antrag der Fraktion der CDU****Mehr Deutschunterricht an Bremer Schulen für mehr Sprachfertigkeit!**

Sprachkompetenz ist nicht nur eine zentrale Voraussetzung für das Verständnis und den Erwerb von Wissen in allen Unterrichtsfächern, sondern auch für die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – eine These, die grundsätzlich einer breiten Zustimmung erfahren sollte. Vor dem Hintergrund, dass mittlerweile in Bremen rund 40 Prozent und in Bremerhaven sogar mehr als 50 Prozent der Schüler zu Beginn der Grundschule einen Sprachförderbedarf aufweisen, ist es ebenso einleuchtend, dass gerade diese Kinder einen erschwerten Start in ihre individuelle Bildungskarriere erfahren.

Diese ausgemachten sprachlichen Defizite erschweren aber nicht nur das Lernen in der Grundschule, sondern setzen sich oft bis in die weiterführenden Schulen fort, können leider viel zu oft nicht zufriedenstellend ausgeglichen, geschweige denn behoben werden und führen in der Konsequenz zu erheblichen Bildungsungleichheiten. Um diesen Herausforderungen effektiv zu begegnen, bedarf es daher gezielter Maßnahmen, die frühzeitig und kontinuierlich ansetzen.

Angesichts dieser fordernden Ausgangslage ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bildungsinstitutionen in Bremerhaven und Bremen angemessen auf die sprachlichen Herausforderungen unserer hiesigen Schüler reagieren. Ein zentraler Ansatzpunkt ist hierbei sicherlich die Art und Ausprägung, in welcher gezielte Fördermaßnahmen zur Anwendung kommen sowie der eigentliche Umfang, in welchem Deutschunterricht an Grundschulen erteilt wird.

Im Rahmen einer von der CDU gestellten Berichtsbitte an die Senatorin für Kinder und Bildung aus der zurückliegenden Legislatur (vergleiche VL 20/8255) trat zu Tage, dass in den Bundesländern in Deutsch zwischen 20 und 27 Wochenstunden erteilt werden, was im Durchschnitt 24,8 Stunden bedeutet. Das Bundesland Bremen liegt mit seinen aktuell 23 Wochenstunden in Deutsch demnach unter dem Durchschnitt.

Da bereits Rahmen der besagten Berichtsbitte auch vonseiten der Senatorin für Kinder und Bildung grundsätzlich der positive Zusammenhang zwischen mehr Unterricht im Fach Deutsch und entsprechenden Lernzuwächsen bejaht wurde und zudem ein Beschluss der Kultusministerkonferenz die bundesweite Harmonisierung des Umfangs an Deutschunterricht in der Grundschule anstrebt, ist es absolut folgerichtig, sich von Bremer Seite nun auf den entsprechenden Weg hin zu mehr Deutschunterricht zu begeben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Verordnung über die Organisation des Bildungsgangs der Grundschule (Grundschulverordnung) im Land Bremen dahingehend anzupassen, dass die Unterrichtsverpflichtung gemäß Kontingenzstundentafel im Fach Deutsch regelmäßig um eine zusätzliche Unterrichtsstunde, von derzeit 23 auf dann 24, erhöht wird;
2. die personellen, infrastrukturellen und curricularen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die skizzierte Anhebung der regelmäßig zu erteilenden Unterrichtsstunden gemäß Kontingenzstundentafel im Fach Deutsch an Grundschulen in Bremen und Bremerhaven nach Möglichkeit bereits zum Schuljahr 2025/2026 realisiert werden kann;
3. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung spätestens sechs Monate nach erfolgter Beschlussfassung durch die Bürgerschaft (Landtag) über den Stand der Umsetzungen zu berichten.

Yvonne Averwesser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU